

Essay

Gleich und gleich gesellt sich gern

Von Gerd Nollmann Und Hermann Strasser 12. September 2008, 03:02 Uhr

Die wachsende Ungleichheit ist nicht Folge der Globalisierung, sondern der Bildungsexpansion, der Dienstleistungsgesellschaft - und des Heiratsmarktes

Verschiedene Studien belegen, dass sich in Deutschland die Einkommensschere zwischen Arm und Reich im letzten Jahrzehnt geöffnet hat. Die Vermögensungleichheit hat noch stärker zugenommen. Die Lohneinkommen haben mit den Betriebsvermögen und Kapitaleinkünften nicht Schritt halten können. Es gibt mehr Arme, auch wenn sie nicht ärmer geworden sind, aber auch mehr Reiche. Die Mittelschicht schrumpft. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes lebt jeder Zehnte von staatlichen Transfers, zugleich nimmt die Zahl der Millionäre und Milliardäre zu. Man mag verschärzte Ungleichheiten für bedenklich halten, weil sie Konflikte anheizen, oder gar für ungerecht, weil sie die Nahtstellen der Gesellschaft beschädigen.

Was aber soll der Staat tun? Für die einen stellen Steuern und Abgaben die Ausgangslage wieder her, für die anderen geht es nicht ohne Mindestlöhne. Die üblichen Erklärungsversuche und die daraus abgeleiteten Handlungsempfehlungen, wie sie in den vergangenen Jahren von arbeitgeber- bzw. gewerkschaftsfreundlichen Forschungsinstituten vorgelegt werden, entpuppen sich bei genauerem Hinsehen nicht selten als akademischer Ersatz für Konflikte zwischen politischen Glaubensbekenntnissen. Die Unsicherheit über die Ursachen und Folgen der zu erklärenden Ungleichheiten nimmt ebenso zu wie ihre begrifflichen Umschreibungen. So ist nicht nur undifferenziert von der sich öffnenden Schere zwischen Arm und Reich die Rede, sondern auch von der verunsicherten Mittelschicht, dem Prekariat und der Unterschicht, der Hartz-IV-Generation und den globalen Abzockern. Gleichwohl kann und darf der politische Eifer eine angemessene Ursachenanalyse nicht ersetzen. Nur diese kann letztlich die Grundlage nachhaltiger Empfehlungen für die Gesellschaftspolitik bilden.

Zwei der beliebtesten Diagnosen zufolge machen die Globalisierung und - damit zusammenhängend - die verschobenen Machtrelationen zwischen "oben" und "unten" die Armen relativ ärmer und die Reichen reicher. Beide Szenarien haben ihren intellektuellen wie politischen Charme. Die unausweichliche Globalisierung ist ein beliebter Verdächtiger. Seit den 80er-Jahren dient dieses Deutungsmuster in Unternehmen und in der politischen Öffentlichkeit vor allem einem Zweck: der Darstellung einer einfallslosen Politik unter Sachzwang. Wird der Globalisierung die Verantwortung zugeschoben, darf das Publikum annehmen, die eigentlichen Probleme lägen außerhalb des eigenen Landes. Damit fällt die

Einigkeit über den Schulterspruch leicht - ein gewichtiger Vorteil im täglichen Hauen und Stechen der Politik. Auch der angeblich verschärfte "Kampf" zwischen oben und unten in Unternehmen, aber auch öffentlichen Einrichtungen gibt vertraute Fronten vor, nämlich zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, Arbeit und Kapital, links und rechts.

Allerdings haben Forschungsergebnisse längst gezeigt, dass beide Diagnosen falsch sind. Tatsächlich sind unsere Probleme hausgemacht und entstammen auch nicht der Hierarchie von Chefs und Untergebenen. Vielmehr führt in allen modernen Ländern der kontinuierliche Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft zu den heutigen Herausforderungen. In Deutschland arbeiten über 70 Prozent, in den USA bereits über 80 Prozent aller Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor - und trotzdem wird hierzulande über Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Einkommen immer noch so argumentiert, als lebten wir in einer Industriegesellschaft. Die Verteilung von Einkommen und Jobs folgt in der Dienstleistungsgesellschaft anderen Gesetzen.

Auf der einen Seite boomten Finanzdienstleister aufgrund des insgesamt steigenden Wohlstands und Business-Dienstleister, weil sie Unternehmen und inzwischen auch Verwaltungen, Schulen und Krankenhäuser durch Technologie fit und schlank für den Wettbewerb machen. Auf der anderen Seite steht die schnell wachsende Menge an sozialen Dienstleistern, die nicht von den technologischen Revolutionen der letzten Jahrzehnte profitiert haben, für deren Arbeit die Konsumenten aber nur wenig zahlen möchten - ein Problem, das schon Daniel Bell und William Baumol Ende der 60er-Jahre klar benannt haben. Die Kluft zwischen diesen beiden Sektoren nimmt zu: Friseuren verdienen bisweilen nur fünf Euro pro Stunde; in einer Bank, Versicherung, Unternehmensberatung oder bei Software-Produzenten lässt sich leicht das Fünffache verdienen.

Damit ist allerdings erst die eine Hälfte des Problems benannt. Der eigentliche Clou findet nicht in der Wirtschaft, sondern in den Familien und privaten Haushalten statt. Dort hat sich der Unterschied zwischen gut und schlecht verdienenden Branchen nämlich verdoppelt. Heute heiratet die Diplom-Volkswirtin aus der Bank eben häufiger einen Diplom-Informatiker von SAP - ebenso wie die Einzelhandelskauffrau häufiger mit einem Pfleger lebt oder allein erziehend fast zwangsläufig unter die Armutsgrenze fällt. Nicht nur gleichen sich die Bildungsgrade der Partner an, sondern auch ihre Einkommen. Der Abstand von armen und reichen Haushalten wächst dadurch noch schneller.

Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern hat Deutschland den Übergang zur Service Economy mit einem Rückstand vollzogen. Sowohl das Wachstum der Dienstleistungen als auch die Angleichung der Bildungsgrade von Mann und Frau in privaten Haushalten beruhen weder auf der Globalisierung noch auf dem Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Ihre historischen Wurzeln liegen vielmehr in der Bildungsexpansion seit den 60er-Jahren. Mit gutem Recht wollen die inzwischen hoch gebildeten Frauen ihre Anstrengungen auf dem Arbeitsmarkt inbare Münze verwerten und verdrängen bisweilen weniger qualifizierte Männer, auch wenn ihr Marsch in die oberen Ränge der Konzerne und Verwaltungen immer noch von vielen Hindernissen begleitet ist.

So gelangt man zu einem paradoxen Ergebnis: Genau jene Bildungsexpansion, die unter anderem die tiefen Ungleichheiten zwischen Stadt und Land, Mann und Frau, Arbeitern und Angestellten, Katholiken und Protestanten beseitigen helfen sollte, entpuppt sich nach wenigen Jahrzehnten als entscheidende Ursache von mehr Armut und Reichtum. Abgesehen davon, dass eine Rücknahme der Bildungsexpansion praktisch nicht machbar, geschweige denn wünschenswert wäre, soll in den Augen der Politiker und Bürger heute erneut mehr

Bildung zu mehr Chancengleichheit führen. Wenn, so hört man nicht nur von den Arbeitgebern, die Arbeitslosen und Geringverdiener nur qualifiziert genug wären, könnten sie auch produktiver arbeiten und mehr Einkommen nach Hause bringen.

Diesem Fehlschluss sollte man nicht erneut erliegen. Denn mehr Bildung für alle - so sehr jeder diesem Ziel beipflichten wird - ändert wenig bis gar nichts an den neuen Einkommensverhältnissen der Dienstleistungsgesellschaft. Man kann Konsumenten nicht befehlen, für soziale Dienstleistungen wie Kinderbetreuung, Putzen, Pflege etc. genauso viel bezahlen zu wollen wie für die unverzichtbaren Business-Dienstleistungen von Software-Produzenten. Von genau diesen ungleichen Zahlungsbereitschaften hängen die Einkommenschancen der privaten Haushalte jedoch ab. Schon gar nicht kann den Geschlechtern vorgeschrieben werden, wieder einen ausgeglichenen Heiratsmarkt herzustellen, damit der Abstand zwischen günstigen und ungünstigen Bildungs- und Einkommensprofilen in privaten Haushalten wieder sinken möge.

Politisch machbar ist hingegen, die neue Polarisierung steuerlich auszugleichen. Die Erwerbstätigkeit einkommensschwacher Haushalte sollte daher nicht nur von Steuern befreit, sondern zusätzlich mit einer negativen Einkommensteuer gefördert werden. Wer für wenig Geld arbeitet, soll einen haushaltsbezogenen Zuschlag erhalten. Das stärkt - wie das Beispiel der USA zeigt - den privaten Konsum und das Wirtschaftswachstum, denn mehrköpfige Haushalte mit 20 000 Euro Jahreseinkommen kommen kaum an der vollständigen Verausgabung ihres Geldes vorbei.

Ein Blick auf die Verdienstchancen der Dienstleistungsgesellschaften der OECD-Länder zeigt, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Einkommensschere gerade in Deutschland am weitesten geöffnet hat. Leider hat die deutsche Politik - gefangen in dem angeblich durch die Globalisierung erzwungenen Wettbewerb und den Folgen der deutschen Einheit - die veränderten Realitäten noch nicht erkannt.

Prof. Dr. Gerd Nollmann lehrt Soziologie an der Universität Karlsruhe, Prof. Dr. Hermann Strasser ist Emeritus an der Universität Duisburg-Essen.